

## Minijobs: mehr vom Schlechten?

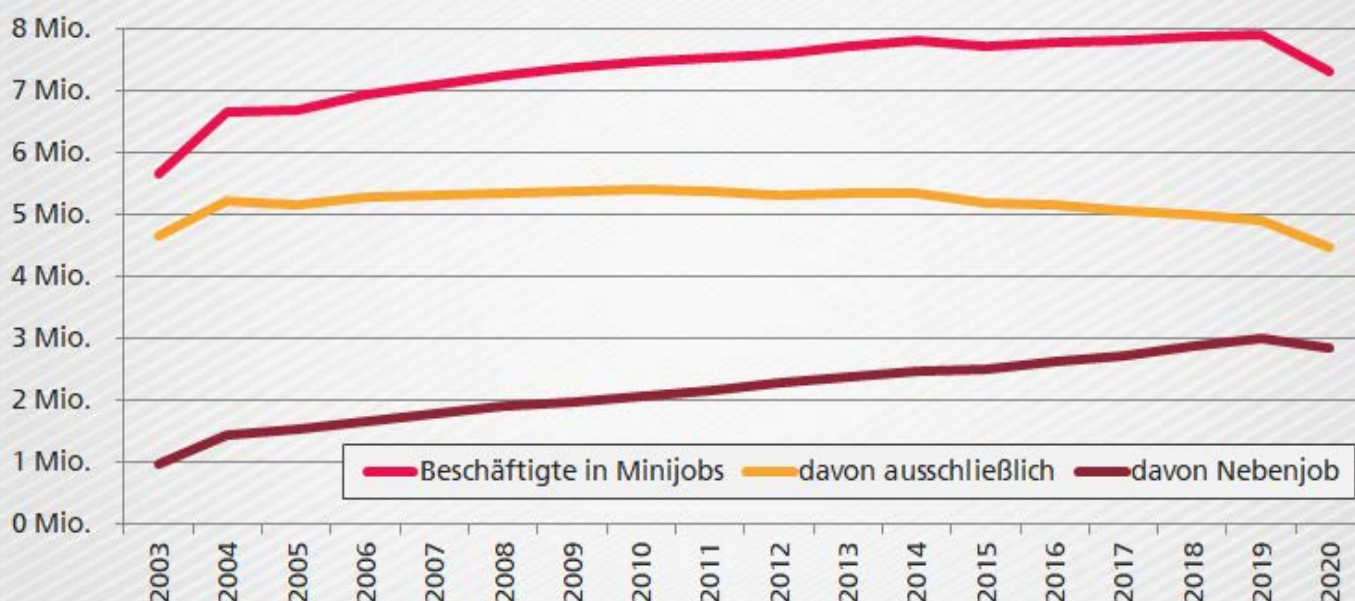
SPD, Grüne und FDP wollen in einem gemeinsamen Regierungsbündnis Minijobs erleichtern. Die Minijob-Grenze soll auf 520 Euro steigen und an den Mindestlohn gekoppelt sein: Wenn dieser ansteigt, geht auch die Minijob-Grenze hoch. Damit wollen die drei Parteien „Hürden [abbauen], die eine Aufnahme versicherungspflichtiger Beschäftigung erschweren“.

Doch das ist ein Widerspruch: Minijobs sind nicht sozialversicherungspflichtig. Sie sind vielmehr prekär und ungesichert. Häufig bedeuten sie Arbeit zu Niedriglöhnen. Aus Minijobs resultieren keine Ansprüche auf Leistungen aus der Arbeitslosen-, Kranken- oder Pflegeversicherung – und auch nicht auf Kurzarbeitergeld. Selbst gesetzlich verbrieft Rechte (wie das auf

bezahlten Urlaub) werden den Minijob-Beschäftigten oft vorenthalten. Zudem werden sie weitaus seltener Mitglied einer Gewerkschaft. Und anders, als oft behauptet, gelingt ihnen der Übergang in reguläre Arbeit nur selten.

Einer aktuellen Studie zufolge verdrängen Minijobs schon heute allein in kleinen Betrieben bis zu 500.000 reguläre, sozialversicherungspflichtige Stellen. Auch wenn SPD, Grüne und FDP glauben, dies verhindern zu können: Setzen sie ihre Pläne um, dann werden Minijobs noch mehr zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ausgeweitet. Das muss verhindert werden! Wir brauchen gute Arbeit – sozialversicherungspflichtig ab dem ersten Euro, gut bezahlt, tarifgebunden und mitbestimmt.

### Minijobs: ein weit verbreitetes Modell prekärer Arbeit Beschäftigte in Minijobs, 2003-2020



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Datenstand jeweils 30.6.

# Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

ver.di

## Vertragsdaten

Online Mitglied werden

<http://mitgliedwerden.verdi.de/beitritt/verdi>

Titel	Vorname	Name	Ich möchte Mitglied werden ab
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	0   1       2   0
Straße	Hausnummer		Geburtsdatum
<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>
Land/PLZ	Wohnort		
<input type="text"/>	<input type="text"/>		
Telefon	E-Mail		
<input type="text"/>	<input type="text"/>		

## Beschäftigungsdaten

<input type="checkbox"/> Angestellte*r	<input type="checkbox"/> Beamter*in	<input type="checkbox"/> erwerbslos
<input type="checkbox"/> Arbeiter*in	<input type="checkbox"/> Selbständige*r	
<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit	Anzahl Wochenstunden: <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in	<input type="checkbox"/> Praktikant*in	
<input type="checkbox"/> Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)	<input type="checkbox"/> Dual Studierende*r	
<input type="checkbox"/> Sonstiges	bis: <input type="text"/>	

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst  
 €

Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer

PLZ Beschäftigungsort

Branche

Monatsbeitrag  
 €

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

## Ich wurde geworben durch:

Name Werber\*in

Mitgliedsnummer

## SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Titel/Vorname/Name (nur wenn Kontoinhaber\*in abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

Ort, Datum und Unterschrift

## Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an<sup>1)</sup> und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

<sup>1)</sup> nichtzutreffendes bitte streichen